

Wenn der Traumberuf verwehrt bleibt

Berufsverbote Nach dem Radikalenerlass von 1972 wurde mehr als 2000 vermeintlichen Verfassungsfeinden der Eintritt in den öffentlichen Dienst versagt. Auch Tübinger waren betroffen. *Von Fabian Renz*

Heute kann Lothar Letsche fast darüber lachen. Doch als er 1977 sein Referendariat nicht antreten durfte, fand er das überhaupt nicht lustig. Die Begründung damals: Letsches Nähe zur Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) lasse auf Verfassungsfeindlichkeit schließen.

Der heute 70-Jährige war einer von mindestens 2000 Betroffenen, die nach dem Radikalenerlass von 1972 nicht in den öffentlichen Dienst übernommen wurden. 3,5 Millionen Menschen wurden bis 1986 auf ihre „Verfassungstreue“ hin überprüft, davon allein mehr als 25 000 verdächtige Bewerberinnen und Bewerber.

Die Betroffenen warten bis heute vergeblich auf eine Entschuldigung oder eine Rehabilitierung.

Lothar Letsche

Tübinger Betroffener des Berufsverbots

Rund 10 000 Berufsverbotsverfahren wurden eingeleitet, 256 Beamte entlassen.

Mit dem Erlass reagierte die Ministerpräsidenten-Konferenz auf die zunehmenden Proteste an Universitäten und in Betrieben Ende der 1960er Jahre. Aus der Sicht Lothar Letsches und anderer Betroffener diente es der „Einschüchterung durch Existenzvernichtung“. Zwischen 1985 und 1991 wurde die „Regelanfrage“ beim Verfassungsschutz von allen Bundesländern formal aufgehoben.

Die Vorgeschichte des Erlasses, seine Folgen, konkrete Schicksale – all das ist Thema der Ausstellung „Berufsverbote – Politische Verfolgung in Deutschland“ in der Tübinger Volkshochschule (VHS), die am Freitag eröffnet wurde und noch bis 7. April zu sehen ist.

Lothar Letsche, Mitglied des Kreisvorstands der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), nannte bei der Eröffnung gegenüber dem TAGBLATT drei



Zwei Tübinger Betroffene: Ingrid Sühring und Lothar Letsche bei der Ausstellungseröffnung in der VHS.

Bild: Renz

Gründe, warum diese Ausstellung wichtig sei: Zum ersten gebe es nach wie vor Relikte des Berufsverbotes, etwa in Belehrungen von wissenschaftlichen Hilfskräften an der Universität Tübingen. Zum zweiten habe der Erlass der Demokratie schweren Schaden zugefügt. Seine Folgen müssten aufgearbeitet werden, so Letsche. Und drittens: „Die Betroffenen warten bis heute vergeblich auf eine Entschuldigung, eine Rehabilitierung.“ Von einer Entschädigung ganz zu schweigen.

Am weitesten ist in dieser Hinsicht Niedersachsen. Dort wurde 2016 eine Kommission beschlossen, „zur Aufarbeitung der Schicksale der von niedersächsischen Berufsverbots betroffenen Perso-

nen und der Möglichkeiten ihrer politischen und gesellschaftlichen Rehabilitierung“. Verantwortlich für diesen Erfolg ist nicht zuletzt Cornelia Boock-Ziegling. Die Hannoveranerin war ebenfalls vom Berufsverbot betroffen und hat die Ausstellung, die bereits in 20 deutschen Städten zu sehen war, konzipiert. Bei der Ausstellungseröffnung sprach sie vor rund 30 Zuhörern über den langen Weg bis zum Erfolg in Niedersachsen, wo sich die rot-grüne Regierung mittlerweile auch bei den Betroffenen entschuldigt hat.

Lothar Letsche wurde 1981 am Deutschen Institut für Fernstudien (DIFF) angestellt. Als der Wissenschaftsminister davon erfuhr, habe er sich eingeschaltet, so Letsche:

„Es könne doch nicht sein, dass jemand, der nicht in den Schuldienst durfte, an einer vom Land geförderten Einrichtung arbeiten darf.“ Am letzten Tag der Probezeit wurde Letsche gekündigt.

Die Kündigung kam vor Gericht jedoch nicht durch – Letsche blieb bis zur Rente 2011 am DIFF beziehungsweise seiner Nachfolgeeinrichtung, dem Institut für Wissensmedien. Die Tür zu seinem ursprünglichen Traumberuf Lehrer blieb ihm jedoch für alle Zeit verschlossen.

Letsche hat der Ausstellung in der VHS einige Plakate zu Berufsverbotsverfahren in Baden-Württemberg hinzugefügt. Hierzulande lässt eine Entschuldigung auf sich warten. Zwar kam es 2015 zu einem „Run-

den Tisch“ mit Landtagsabgeordneten, an dem auch Letsche und andere Tübinger teilnahmen. Eine offizielle Erklärung blieb aber aus.

Bereits 2012 hatte Letsche dem grünen Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann, der im Gegensatz zu ihm als Lehrer arbeiten durfte, auf einer GEW-Versammlung ein Stofftier, eine „Anti-Duckmaus“, überreicht. Kretschmanns Gesicht auf dem Plakat verrät deutlich, wie er das findet – überhaupt nicht lustig.

Info Die Ausstellung im 1. Stock der VHS ist montags bis freitags von 8.30 bis 21 Uhr sowie an Wochenenden von 9 bis 17 Uhr zu sehen. An Wochenenden und Ferienzeiten gelten möglicherweise eingeschränkte Öffnungszeiten.